

Volksstimme

Einzelpreis 15 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei

Die Volksstimme erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich Albert Pauli Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate Karl Panth, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Planck & Co. Magdeburg, Große Mühlstraße 2. Fernsprech-Nr. 424 bis 4267. — Postzeitungsliste 2. Nachtrag Seite 116. — Bezugspreis: Monatlich 2,00 Mark, Abholer 1,80 Mark. Einzelpreis 15 Pfennig, Sonntags 20 Pfennig

Anzeigenpreise: Die 10gespaltene 37 Millimeter breite Nonpareilzeile brüchlich 20 Pf., auswärts 30 Pf., Familienanzeigen und Stellenangebote 12 1/2 Pf., Vereinskalender 30 Pf., die dreigespaltene 30 Millimeter breite Kleinzeile brüchlich 100 Pf., auswärts 150 Pf., Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 10 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Für Plagwörter keine Gewähr. Erfüllungsort Magdeburg. Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 222.

Magdeburg, Donnerstag den 23. September 1926.

37. Jahrgang.

Herbstparade in Tuntenhäusen.

Abstieg der ewig Negativen.

Aus München wird uns geschrieben:

Zum 57. Male generalversammelten sich die Mitglieder des ehemals den Interessen der bayrisch-patriotischen Zentrumspartei dienenden, jetzt aber in die Stammmasse der alleinseligmachenden Bayerischen Volkspartei eingetragenen Mitglieder des christlichen Bauernvereins zu Tuntenhäusen. Zwar ist der Glanz aus der schönen Zeit, da Papa Dallers gemütliche Mundlichkeit dem Verzehr vorzüglicher Weißwürste und schäumender Maßkrüge eine Art politischer Weihe verlieh, längst verblühen, geblieben aber ist die negative Bedeutung der Veranstaltung. Negativ deshalb, weil sie mit der Gewissenhaftigkeit eines Barometers, den Abstieg der Bayerischen Volkspartei von der Höhe einer in sich geschlossenen Partei zu einer mit eisernen Klammern der Disziplin zusammengehaltenen Koterie aufweist.

Danach sind schon die Formen der Tuntenhäuser Tagung gebildet. Eine Diskussion findet nicht statt, es werden nur Referate erstattet, gegen deren Inhalt so wenig Einwendungen gestattet sind wie in den Kirchen gegen die Predigten. In Tuntenhäusen wird

eine Art politischer Gottesdienst abgehalten,

zu Ehren der augenblicklich das Staatsruder führenden Clique Geld-Ratt-Gürtner.

Da aber ein Ziel nicht vorhanden ist, nicht einmal ein Kompaß, so wird das Staatsruder halb auf die eine — partikularistische — bald auf die andre Seite — die reichsfremdliche — herumgerissen, infolgedessen werden die Augen nach der gewöhnliche Tuntenhäuser wissen, nach welcher Richtung morgen, ja in nächster Stunde, das bayrische Staatsschiff steuern wird. Daher war es notwendig, für die Referenten Richtlinien herauszugeben. Bei der Identität der Interessen der Bayerischen Volkspartei mit denen des Staates ist es erklärlich, daß die im Landtag, unter den Augen des Ministerpräsidenten Geld hergestellte Bayer-Volkspartei-Korrespondenz, gleichsam das delphische Orakel für sämtliche Parteiblätter, einen Tag vor der Generalversammlung diese Richtlinien festlegte. Die Referenten hatten sich danach in bayrisch-föderalistischem Sinne, verbrämt

mit reichsfremdlichen Intaten

zu äußern. Hauptache war natürlich die Politik des Herrn Geld nach allen Seiten zu decken. Heißt es doch in dem Richtungsartikel der Korrespondenz:

Ohne Zweifel haben sich da und dort in unserm Lande Anzeichen einer Art Ermattungskrise bemerkbar gemacht. Es gibt Leute, die sogar der Regierung den Vorwurf machen, daß ihre ruhige Haltung daran mit Schuld trage. Wer der Regierung diesen Vorwurf macht, der muß eine Antwort auf die Frage geben können, ob zurzeit die Möglichkeiten einer großen föderalistischen Offensive von Bayern aus gegeben sind. Wir meinen demit eine wirkliche große politische Aktion, nicht irgendeine Demonstration mit lautem Krach und Getöse.

Ja, mit der großen föderalistischen Offensive Bayerns steht es so windig aus, daß die, an der Geldmission des „Aufbaues der Staatsautorität“ zweifelnden, denen die Sache nämlich so langweilig und zu inaktiv erscheint, mit dem jenseitigen Trost abgepeist werden, erst müsse man Kraft sammeln, dann könne vom Stellungskrieg zur offenen Feldschlacht übergegangen werden. Mit ähnlichen Verheißungen über die Wiederkehr der Monarchie werden auch die Unzufriedenen der andern Seite nach dem „Nichttun“ auf Möglichkeiten der Zukunft verströhet. Nur nicht dringeln, es kommt ein jeder dazu —, das war so der eigentliche Sinn der Ausführungen der Referenten über die Wiederaufrichtung der bayrischen Monarchie.

Die simple Mentalität unserer Königsruher und ihrer volksparteilichen Helfer gestattet diese einfache Lösung: Bayern kann auch zum Deutschen Reich gehören, wenn Ruhrrecht wieder, genügt auf den Willen des bayrischen Volkes, dem „Thron seiner Väter“ bestiegt. Hat doch der Ministerpräsident schon früher verkündet, das bayrische Volk besitze das Recht, seine Staatsform selbst zu bestimmen. Das widerspricht zwar den grundlegenden Bestimmungen der Verfassungen Bayerns wie des Reiches, aber es genügt zum monarchistischen Klappern und zur

Hinhalten ungehämmer Träger.

Lang der Verbinderung jeder Störung des Tuntenhäuser Gottesdienstes konnte sich die Stimmung der Teilnehmer doch nach dessen Beendigung geltend machen. Da konnte man die geradezu feyerlichen Äußerungen ver-

nehmen: „Unter der Monarchie wurde die Politik in Tuntenhäusen gemacht, jetzt wird in München vorgeführt, was in Tuntenhäusen geredet werden darf.“ Und weiter: „Geld sei doch als Monarchist und nicht als Republikaner gewählt. Er und seine Minister seien zu fürchtbar, sie hätten Angst um ihre Sessel, und es wäre an der Zeit, mit diesem Kaisertheater Schluß zu machen.“

Solche feyerlichen Äußerungen sind ebenso Zeichen der Krise innerhalb der Volkspartei wie das Fernbleiben des Ministerpräsidenten von der Tagung und mehr noch dessen Entschuldigung, er müsse an den Herbstmanövern teilnehmen. Der letzte Grund der Krise aber besteht in der drohenden Spaltung der Bauernschaft, die sich immer mehr von den alten Schlägern der frühern Zentrumspartei freimacht und sie dem radikalen Bayerischen Bauernbund zuwendet. In dem Augenblick, in dem sich die Kleinbauern, Siedler und Pächter des Interessengegenstückes zu den Großbauern bewußt werden, bricht die

Götterdämmerung der Bayerischen Volkspartei

an. Die Götter ahnen sie, und deshalb schleppen sie den großen Bauernimitator Dr. Heim im Auto nach Tuntenhäusen.

Heim ist immer eine Nummer für sich, er erscheint immer auf der politischen Bühne Bayerns, wenn etwas in dem Kaisertheater nicht klappt. Aber es widerspricht seiner im Grunde anarchofisch veranlagten Natur, irgend etwas in Ordnung zu bringen; das gelang ihm nicht bei seinen Lechtelmedien mit den Franzosen, und auch der von ihm gegründeten Bayerischen Volkspartei warf er immer seinen Anknüpf zwischen die Füße, wenn sie seiner zu ihrer Hilfe bedurfte. So wird sie auch an seinen in Tuntenhäusen gelegten Sprengbomben keine Freude erleben. Denn Dr. Heim verberrlichte dort die Diktatur, wie sie in Italien, Spanien, Griechenland und — man höre — in Rußland herrscht. Damit bekannte er sich sowohl als Anhänger faszistischer wie bolschewistischer Methoden.

Der ehemalige Realschullehrer und nunmehrige Geheimrat spuckte damit wieder einmal in die volksparteiliche Suppe. Die Tuntenhäuser Bauern aber ließen ihn deshalb hochleben. Man weiß nun nicht, ob diese Judigung seinem Vor schläge galt, die Hälfte des den Arbeitslosen zugewendeten Geldes den Bauern zu geben, oder der Anerkennung der von ihm empfohlenen

faszistischen und bolschewistischen Methoden.

Wahrscheinlich fand jeder Teil des Heimischen „Programms“ unter den Tuntenhäusern Anhängern.

So endete diese Parade mit einem Mißling. Wenn der Landtag demnächst zusammentritt, wird davon ein Echo in seinen Räumen widerhallen. Doch dürfte dem herrschenden Schaukelstimm und den Parteipolitikern eine Schonzeit bis zu den nächsten Landtagswahlen 1928 beschieden sein. Dann werden die auch in Tuntenhäusen gelegten Keime der Zerlegung sich derart entfalten haben, daß die seit 1921 in Bayern herrschende Politik der Schwach und Lächerlichkeit der Geschäfte angehört.

Zum Wohle des bayrischen wie des gesamten deutschen Volkes!
I. J. J.

Die letzte Hoffnung dahin.

Der Ausgang des französischen Kabinettsrats am Dienstag beraubt die deutschen Nationalisten ihrer letzten großen Hoffnung. Sie alle hatten mit dem Grafen Bethov an der Spitze eine scharfe Opposition Poincarés gegen Briand gewünscht und erwartet. Jetzt ist auch dieser Traum erledigt.

Je mehr die Vernunft an Boden gewinnt und je stärker der Wille zur gegenseitigen Verständigung zum Ausdruck kommt, um so größer ist der Abstieg der Deutschnationalen Partei. Ihre Führer und Agitatoren wissen das selbst am besten und ihre Mitgliederlisten geben ein anschauliches Bild dafür, daß die Verständigungspolitik mit ihren unzuverlässigen Erfolgen letzten Endes den Ruin der Deutschnationalen Partei zur Folge haben muß. In dieser Situation bedenkter Poincaré, ohne dessen Namen die Geschichte des Aufstiegs der Deutschnationalen Partei nach der Ruhrbesetzung und der schweren Inflationszeit undenkbar ist, die letzte Hoffnung. Aber statt sich zu der einstigen Diktatur gegen Deutschland zu bekennen und damit zum Retter der

Deutschnationalen Partei zu werden, hat der Vater unserer „nationalen Opposition“ der Stimmung des französischen Volkes Rechnung getragen und einer großzügigen Verständigungspolitik mit Deutschland seine prinzipielle Zustimmung gegeben.

Mit ihm haben die andern maßgebenden Führer des ehemaligen Nationalen Blocks den gleichen Weg beschritten. Trauernd wird die Deutschnationalen Partei dieses für das deutsche Volk so erfreuliche Ereignis verzeichnen.

Das französische Volk durchlebt heute seine Inflation und hat keine größere Sorge, als den schwankenden Frank möglichst bald wieder stabil zu gestalten. Alles hängt davon für die Arbeiter, Angestellten, Beamten, überhaupt für die gesamte Wirtschaft ab, und gerade wir mit unsern schrecklichen Erfahrungen aus der Inflationszeit vermögen am besten zu verstehen, daß hinter der Sorge um die Stabilisierung einer Währung alles zurücktritt. In dieser Stimmung, die man in Deutschland noch sehr gut kennt, befindet sich augenblicklich auch die französische Nation. Sie will wieder rechnen können und weist auf die weitere Verwaltung des Saargebiets und die Belegung des Rheinlandes, wenn ihr für die Wiederherstellung der deutschen Autonomie in diesen Gebieten die Gewähr für eine verhältnismäßig billige und schnelle Stabilisierung des Frank gegeben wird.

Von diesem Gesichtspunkt aus dürfte auch der Kluge Briand bei seinen Besprechungen in Thoiry ausgegangen sein. Mit ihm sind wir überzeugt, daß jeder französische Ministerpräsident, wie er auch heißen mag, der Stimmung des Volkes unterlegen wäre, sobald er gemagt haben würde, eine Politik zu hintertreiben, die für das französische Volk unter geringen Lasten mindestens die Aussicht auf eine Stabilisierung des Frank gestattet. Der französische Außenminister hat deshalb schon in Gené und ebenso in Thoiry keinen Zweifel darüber gelassen, daß er auf jeden Fall bei irgendwelchen Schwierigkeiten durch Poincaré die Sabotagefrage stellen würde, und das wäre gleichbedeutend gewesen mit dem Abgang des jetzigen französischen Ministerpräsidenten. Er hat die bessere der beiden für ihn bestehenden Möglichkeiten gewählt, hat der Politik Briands zugestimmt und ist geblieben, anstatt unter dem Druck der Volksstimmung ein für allemal in der Verjüngung zu verschwinden.

In dieser von Poincaré eingeschlagenen Politik des Kleinen Hebel liegen natürlich für die Theorien von Briand eine ganze Reihe von Gefahren. Sie werden in Erscheinung treten, sobald die Einzelheiten über die technische Durchführung des zwischen Briand und Stresemann vereinbarten Planes zur Beratung steht. Es muß sich denn zeigen, ob die Ueberzeugungskraft des französischen Außenministers die nationalistischen Theorien seines Ministerpräsidenten zu überwinden vermag. Wir glauben nicht, daß sich an dem Gesamtplan etwas Bedeutendes ändern wird. Aber schließlich kommt es für Deutschland darauf an, wann die Freigabe des Saargebiets erfolgt und die Belegung im Abseind aufgehoben wird. Im besten Falle dürfte das in sechs Monaten geschehen. Die Mobilisierung der Eisenbahnobligationen und die Erörterungen mit dem Völkerbund als Ueberwachungsinstanz für das Saargebiet dürften kaum vor einem halben Jahre ihre Erledigung erfahren haben. Immerhin werden die Anhänger der Verständigungspolitik vor allem auch in Frankreich ihr Augenmerk darauf zu richten haben, daß in kürzester Frist der großzügige Plan Briands seine Verwirklichung erfährt.

Die letzte Hoffnung der Deutschnationalen aber, daß ihr Helfer aus aller Not, Poincaré, auch diesmal wieder für Agitationsstoff sorgen werde, hat sich zerklüftet. Der Schwerpunkt des französischen Hebel liegt in Europa. In Europa aber hat Briand mehr zu bedeuten als Poincaré, und die Vernunft mehr als nationalistische Phrasologie.

Prinzipiell gebilligt.

Aus Paris wird uns berichtet: Der französische Ministerrat hat am Dienstag nicht nur Briand zu seiner Haltung in Gené beglückwünscht, sondern wie das amtliche Communiqué unterstreicht, einmütig seine Unterredung mit Stresemann gebilligt und sich für deren Weiterführung ausgesprochen. Der von den beiden Ministern in Aussicht genommenen neuen Zusammenkunft zur Fortsetzung der in Thoiry begonnenen Diskussion über eine Generalliquidation aller zwischen Deutschland und Frankreich schwebenden Streitfragen und Interessengegenstände steht alle von französischer Seite nichts mehr im Wege.

Der Verteidiger von Schröder und - Kolling.

Ein Magdeburger Jurist, der an der Schröder-Saas-Affäre vollkommen unbeteiligt ist, schreibt uns:

Der Prozeß Schröder ist zu Ende. Es wird nicht viele geben, die über seinen Ausgang im Zweifel waren. Der Angeklagte hatte gestanden, die Leiche des Getöteten war in seiner Behausung vorgefunden worden, und nach zahlreichen andre Tatsachen ließen keinen Zweifel, daß Schröder, und nur er, die fraglichen Schüsse abgegeben hatte. Nach dem Verlauf der Verhandlung konnte auch die Entscheidung der Frage: Mord oder Totschlag? keine erheblichen Schwierigkeiten bereiten. So scheint also das Schicksal des Angeklagten selbst besiegelt zu sein.

Die Verhandlung hat aber noch ein anderes Ergebnis mit entschiedener Deutlichkeit gezeigt: Saas, Meuter und Fischer haben nicht die geringste Beziehung zur Mordtat, sind völlig unschuldig in die Sache hineingezogen worden. Oberstaatsanwalt und Vorsitzender haben dies mit anerkennenswerter Klarheit zum Ausdruck gebracht. Wer jetzt noch an die von Schröder während des größten Teiles der Hauptverhandlung mit mystischer Unklarheit angedeuteten, schließlich aber doch noch ausgegebenen „Beziehungen“ glaubt, ist ein Idiot oder ein Dumpe.

Ueber die Frage, auf welche Weise Unschuldige in die Raubmordaffäre Schröder hineingeraten sind, wird noch zu sprechen sein. Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf und erwartet, daß die eingeleiteten Disziplinarverfahren diese Seite der Angelegenheit gebührend aufhellen. Objektiv steht jetzt jedenfalls fest, daß die vom Untersuchungsrichter Kolling und von seinem Kommissar ten Holt mit unglaublicher und keineswegs zu billiger Hartnäckigkeit verfolgten Spuren völlig verkehrte waren, und vieles (Schröder selbst: „Ich habe sie nicht hineingebracht, ich habe sie bloß nicht wieder herausgebracht“ z. B.) spricht dafür, daß der Angeklagte mit seinen Belastungen nur den Weg beschritten hat, den andre ihm gezeigt haben — dies scheint übrigens auch die Ueberzeugung des Schwurgerichts-Vorsitzenden zu sein. Kein Ruhmesblatt für unsere Justiz, diese Leistung des Untersuchungsrichters Kolling, so laute die mildeste Urteil, dem man in der großen Öffentlichkeit begnügt. Und merkwürdig still wurden schon seit Wochen die meisten Blätter, die aus politischer Solidarität, solange es irgend ging, sich schützend vor den Untersuchungsrichter und seinen Kommissar gestellt hatten, als ginge es — um die Unabhängigkeit des Richterturns. . . .

Da plötzlich ein Fanfarenstoß, ein neues Pronunciamiento für Kolling und seine Leute. In seiner Schlussrede bezeichnet der Verteidiger von Schröder die Führung der Untersuchung als „objektiv und sachgemäß“ und „hält sich für verpflichtet, die Herren, die die Justiz vertreten, in Schutz zu nehmen!“

Der Verteidiger von Schröder, wie kommt gerade der dazu, dem Untersuchungsrichter zu sekundieren, so fragt man sich erstaunt. . . .

Es dürfte bekannt sein, daß nach unserer Strafprozeßordnung der bestimmter schwerer Verbrechen Beiständige einen Anspruch auf Bestellung eines Verteidigers hat — „Offizialverteidiger“ nennt man ihn zur Unterscheidung von „Wahlverteidiger“. So ward dem Schröder der Rechtsanwalt Jaepfer beigeordnet. Kein Jurist, kein Laie wird ihn um seine Aufgabe beneidet haben — Kapitalverbrechen, dazu kein besonders inkompetentem Täter, der noch obendrein kurz vor der Hauptverhandlung einen Anstaltsbeamten niederschlägt. . . . Keine für einen Anwalt „danfbare“ Verteidigung also. Selbstverständlich trotzdem für ihn die Pflicht, den Mann zu verteidigen, seine Interessen wahrzunehmen, denn dieses Amt wurde ihm von Amts wegen übertragen! Ihm lag die Aufgabe ob — sie gehörte zu seinen Verteidigerpflichten — nach besten Kräften die gegen seinen Klienten bestehenden bedenklichen Momente zu mildern, menschlich zu erklären, die Stimmung des Gerichts für ihn so günstig wie möglich zu gestalten. Und nun kann nicht bezweifelt werden, daß eins der ungünstigsten Momente gegen die Persönlichkeit von Schröder der Vorwurf sein konnte, er habe Unschuldige belastet.

Man könnte mit Recht der Ansicht sein, Rechtsanwalt Jaepfer hätte nach dem Ergebnis der Hauptverhandlung besser getan, wenn er gerade zu diesem Punkte überhaupt nicht Stellung genommen hätte. Wenn er es aber im Interesse des von ihm verteidigten Schröder für erforderlich hielt, durfte er niemals so plädieren, wie er es tat, sondern, mit aller Deutlichkeit sei es gesagt, gerade im entgegengesetzten Sinne. Und wäre damit, so scheint es, auch den Tatsachen nähergekommen!

Schröder selbst hatte sich vor und während der Verhandlung mehrfach dahin geäußert, er sei durch andre dahin gelangt, sein Wohnatzegebäude aufzurichten — ten Holt gegenüber will er am Tage der Auffindung der Leiche des Tötungs sogar ein solches Geständnis abgelegt haben. Was der außerordentlich scharsinnige Kommissar mit den Worten: „Ach, Sie sind ja verrückt“ zurückwies —, was lag näher, als daß der Verteidiger auf diese vom Angeklagten angedeuteten Zusammenhänge einging und ihm auf diese Weise zu entlasten versuchte? Doch mehr: war dies nicht seine Pflicht?

Statt dessen — lobt Herr Jaepfer die Führung der Untersuchung, nennt sie „objektiv und sachgemäß“. Objektiv? Sachgemäß? Diese Untersuchung, die feur und unter Anwendung kundlich-primativer Methoden „Material“ gegen Unschuldige sammelte und — wäre sie nicht rechtzeitig unterbunden worden — sehr wohl zum mindesten zu langer Hauptverhandlung gegen sie hätte führen können, war nicht, ob nicht gar zu einer Verurteilung? Hat man denn vergessen, daß Untersuchungsrichter Kolling ganz wenige Tage vor der endgültigen Klärung der Sache in der Presse davon sprach, daß sich „die Mischen des Netzes um Direktor Saas immer dichter zusammenhängen“?

Nein, Herr Jaepfer, wenn Sie als Verteidiger Schröders auf die Voruntersuchung eingegangen für notwendig

stellen, verlangte das Interesse ihres Klienten, daß Sie scharf gegen die Stellung nahmen und ihre Methoden anprangerten, und wenn Sie das Gegenteil taten, so verletzten Sie Ihre Verteidigerpflichten! Das muß Ihnen in aller Deutlichkeit gesagt werden! Daß dies seitens des Verteidigers bewußt geschah, soll nicht behauptet werden. Zu seinen Neuierungen trieb ihn eben seine gesamte politische Einstellung, und wenn die Herren seiner Anschauung sich politisch gebärden, setzt ihre Logik aus — sonst wären die seinem Mandanten doch nur schädlichen Ausführungen des Rechtsanwalts Jaepfer undenkbar gewesen. Demgegenüber ist es natürlich gleichgültig, ob unter den obwaltenden Umständen Schröder überhaupt zu helfen gewesen wäre. . . .

Wozu jetzt noch diese Erörterungen? Es kann nicht erwartet werden, daß sie den Verteidiger eines Besseren belehren werden, man weiß, wie wenig zugänglich allen logischen Erwägungen Leute seiner Einstellung sind. Aber wenn wir für unsere verdamnte Pflicht halten, alle uns bekannt werdenden Fehlertheile deutscher Gerichte so scharf wie möglich zu brandmarken, so verdient auch in voller Öffentlichkeit und mit der nötigen Klarheit festgenagelt zu werden, daß hier ein Verteidiger aus durchsichtigen Gründen sich zu Bemerkungen verstieg, die den Interessen seines Klienten nur abträglich sein konnten. —

Bierzig Millionen für Siedlungen.

Der Hauptausschuß des Preussischen Landtags nahm am Dienstag einstimmig einen Gesetzentwurf an, der die Gewährung von Zwischenkrediten in Höhe von 40 Millionen Reichsmark bei Rentengutgründungen vorsieht.

In der Aussprache trat Peters (Hochdorf, Soz.) für eine plan- und zweckmäßige Siedlungspolitik ein. Schon im Interesse der Lösung unserer Wirtschaftsnöte und zur Bekämpfung der außerordentlich großen Erwerbslosigkeit sei es notwendig, den Ueberfluß an Menschen auf dem Land aufzufangen. Die Mittel müßten durch das Reich beschafft werden. Besonders schlimm sei die Lage der aus Polen vertriebenen Siedler, für die das Reich so schnell wie möglich sorgen müsse.

Der Ausschuß befaßte sich dann mit der Kollage im Unterwesergebiet, besonders der neuen Stadtgemeinde Wejermünde, deren Hafen die nötige Tiefe fehlt. Infolgedessen ist der Schiffsverkehr in Wejermünde durch die Konkurrenz von Bremen katastrophal gesunken. Von der dadurch entstandenen Notlage der Wirtschaft wird vor allem die Arbeiterschaft schwer betroffen. Der Regierung wurde der Ausbau des Hafens von Wejermünde zu einem Ruderhafen empfohlen. —

Wilhelm an die Mastenführer.

Nachträglich wird bekannt, daß der gekrönte Ausreißer die mit in Verleibgeschäften gepumpten Uniformen durchgefärbte monarchistische Münberger Helmbugschärpe, genannt „Arme- und Marinegebetag“, von Doorn aus folgendermaßen antelegographiert hat:

Die alten Frontkämpfer, deren Heldentaten auf allen Schlachtfeldern unüberwunden bleiben, werden auch, des bin ich gewiß, wieder in erster Reihe stehen, wenn es gilt, Monarchie und Kaiserreich wieder aufzurichten.

Wären nun in Nürnberg wirkliche Frontkämpfer versammelt gewesen, sie hätten nach Doorn zurücktelegraphiert: Frontkämpfer, die in Not und Gefahr durchblicken, verbitten sich solche Anbiederungen. Wer in der Stunde der Gefahr feig ausreißt und die Krone wegwirft, ist in ihren Augen gerichtet.

Wie gesagt, so hätten wirkliche Frontkämpfer auf das Telegramm des Ausreißers reagiert. Die maskierten Heimkrieger und Stadthelden aber rissen die Knochen zusammen und gelobten, im Sinne des Kaisers zu handeln — wenn keine Gefahr dabei ist und weiter keine Unkosten entstehen. —

Kommissionsitzungen in Genf.

Die erste Kommission der Völkerbundversammlung befaßte sich am Dienstag abends mit dem britischen Vorschlag auf Abgrenzung der Tätigkeit des Völkerbundes auf sozialem, humanitären und wirtschaftlichem Gebiet. Im Verlauf der Aussprache äußerten sich die Auffassungen so weit, daß ein Austausch von Beschlüssen eingeleitet werden konnte zur Vereinfachung von je einem Entschlüsselungsantrag der englischen, französischen und japanischen Delegation. Die Anträge laufen im wesentlichen alle darauf hinaus, von einer prinzipiellen Abgrenzung abzusehen, aber in jedem einzelnen Falle genau zu prüfen, ob die dem Völkerbundrat zu überweisende Aufgabe nicht besser in den Wirkungskreis der einzelnen Länder zur Lösung auf nationalem Boden falle.

Die zweite Kommission genehmigte die Schlussberichte über die Finanzverwaltung Österreichs und Ungarns, wobei die Vertreter der beiden Staaten dem Völkerbund ihren Dank abkündigten und die Delegierten fast sämtlicher Nachbarländer ihre freundschaftliche Gefinnung zum Ausdruck brachten.

Bei der Genehmigung des Beschlusses über die bulgarische Minderheitsversorgung wurde von Griechenland und Rumänien über Forderungen an der Grenze durch bulgarische Panden geklagt. Der Vertreter Bulgariens erklärte, daß es sich nur um Einzelfälle unverantwortlicher Elemente handeln könne. Am Schluß wurde der Tätigkeitsbericht des Finanzkomitees genehmigt.

Die dritte Kommission bewilligte den Haushalt für das Internationale Arbeitsamt.

In der sechsten Kommission kam es zu einer lebhaften Aussprache über die Mandatsverwaltungen. Spanien nahm die Mandatskommission in Schutz und legte zwei entsprechende Entschlüsselungen vor. Der Vertreter Frankreichs, de Jouvenel, trat Spanien entgegen mit der Behauptung entgegen, daß die Tätigkeit der Mandatskommission, selber ungewollt, dem Anstand in Orient neue Lehren gegeben habe. Er stellte es als unzulässig hin, daß die sechste Kommission der Völkerbundversammlung sich als Appellationsinstanz zwischen Rat und Mandatskommission aufstelle. Am Schluß schlichtete de Jouvenel den Streit mit dem Vorschlag, einen Untersuchungsausschuß zur Prüfung der Entschlüsselungen Spaniens einzusetzen. Der Vorschlag wurde angenommen. —

Gefängnisparadise in Rußland.

Der sogenannte zweite Arbeiterdelegation nach Rußland erkrankte am Dienstag abends in Berlin. Bericht über ihre Reise. Von einem Bericht kann man allerdings nicht gut sprechen, denn was vorgelesen wurde, war weniger eine Schilderung des Geschehenen als eine einzige Rede gegen die Sozialdemokratie.

Im übrigen wurde erzählt, wie gut es den politischen Gefangenen in Rußland ergeht. Daß es sich bei den in den Gefängnissen festgehaltenen Menschen in der Hauptsache um Arbeiter

handelt, die unzufrieden sind über ihr Los, während die gefangenen Arbeiter des Lobes voll seien über das Regime in Sowjetrußland. In Georgien konnten die politischen Gefangenen den deutschen Besuchern sogar Pflichten als Erfrischung anbieten. Das größte Erlebnis sei gewesen, daß es in den Betrieben vorwärts und aufwärts geht im Gegensatz zu Deutschland.

Sicherlich wird nun bald bei den deutschen Arbeitlosen sowohl wie bei den deutschen Wohnungslosen ein heißes Sehnen nach dem glücklichen Leben der russischen politischen Gefangenen zu bemerken sein und mancher wird ernstlich Pläne schmieden, um irgendeinen Streich zu erfinden, der ihn mit Sicherheit in das russische Gefängnisparadies bringt. Verwunderlich ist nur, daß nicht ganz Rußland schon längst ein einziges fideles Gefängnis ist. Wie mag es kommen, daß in Rußland selbst so viele Menschen lieber im Straßengraben umkommen statt sich ins Gefängnis stecken zu lassen? —

Ein Beispiel.

Die englische Arbeiterpartei teilt mit, daß Henderson durch Vermittlung der Londoner Sowjet-Botschaft wegen einer Anzahl in Rußland eingesperrter sozialdemokratischer Führer in Moskau vorstellig geworden sei.

Inbesondere habe sich Henderson nach dem Schicksal Georg Kutjins erkundigt, der sich seit zwei Jahren in Einzelhaft befindet. Kutjins sei kürzlich in den Hungerstreik getreten, um seinem Gesuch nach Unterbringung in einem andern Gefängnis Nachdruck zu verleihen und um die Erlaubnis zu erwirken, den Besuch seiner Frau zu empfangen, die nach Turkestan abgeschoben worden sei. —

Notizen.

Begnabigung der Winger. Alle an den Unruhen der Winger in Bernkastel beteiligten und verurteilten Personen sind mit Bewährungsfrist begnadigt worden, meldet das Wolff-Bureau. Wir freuen uns, daß diese Opfer deutschnationaler Hege gegen die Reichssteuerpolitik glimpflich davongekommen sind. Aber wer denkt bei dieser Begnadigung nicht an die vielen Opfer der Inflationsschmerzen, die jetzt immer noch, nach drei und vier Jahren, vor das Reichsgericht gerert werden und zu jahrelangen Zuchthausstrafen verurteilt werden? Ihnen gibt niemand Gnade, und doch sind ihre Taten oft weit verständlicher als jener Sturm auf das Steuergebäude in Bernkastel. —

Strejemanns Rückreise. Der Reichsaussenminister ist am Mittwoch abend von Genf abgereist und trifft am Donnerstag abend in Berlin ein. Am Freitag wird er vor dem Reichskabinett über seine Besprechungen mit Briand einen ausführlichen Bericht erstatten. Die Reichsregierung wird den vorläufigen Abmachungen vollinhaltlich zustimmen, so daß bereits Anfang Oktober gemäß den Vereinbarungen zwischen Briand und Strejemann die Sachverständigen der beiden Regierungen zu den vorbereitenden Besprechungen zusammentreten können. Es ist noch fraglich, ob das in Berlin oder Paris geschieht. —

Verhaftung eines Kommunisten. Wie die „Neue Zeitung“ mitteilt, wurde ein Redaktionskolonist des „Wortes“, der Kommunist Erik Böhm, gestern bei Redaktionschluß von der Polizei verhaftet. Dem genannten Blatte zufolge fand im Bureau des kommunistischen Reichstagsabgeordneten Buchmann erneut eine Hausdurchsuchung nach dem in Berlin erscheinenden Organ „Der Schutzpolizei“ statt. —

Reisende Infanterieoffiziere in Spanien. Die Pariser Presse bringt wieder Alarmmeldungen aus Spanien. Ein Sanltaner haben meuernde Infanterieoffiziere das Stadthaus und das Telegraphenamt besetzt. Der Bahn- und Telegraphenverkehr mit Sanltaner ist unterbrochen. —

Zusammenschluß in der Tschechoslowakei. In Karlsbad fand eine Beratung der Vertreter der tschechoslowakischen und der deutschen Gewerkschaftszentrale unter dem Vorsitz des Sekretärs des internationalen Gewerkschaftsverbandes, Gewerkschaftssekretär, statt, in der die Richtlinien für die gemeinsame Arbeit beider Verbände durchberaten wurden, um eine verlässliche Grundlage für den künftigen Zusammenschluß beider Zentralen vorzubereiten. Die Richtlinien unterliegen noch der Genehmigung der Präsidien der Verbände beider Zentralen. Nach Genehmigung der Vereinbarung findet in der nächsten Zeit die erste Beratung der vereinigten Landesgewerkschaftszentralen statt. —

Begebenheiten.

Die Typhusendemie in Hannover.

Hb. Hannover, 22. September. Heute morgen betrug die Zahl der an Typhus Erkrankten 1721, die der Todesfälle 88.

Stichers Nachfolger.

Berlin, 22. September. (Radio.) Als Nachfolger des verstorbenen Genossen Richard Fischer tritt der Genosse Wäger von der Reichsbeamten-Zentrale der Sozialdemokratischen Partei in den Reichstag ein. —

Friand verständigte Stresemann.

Hb. Köln, 22. September. Die „Kölnische Zeitung“ berichtet aus Genf, Dr. Stresemann habe auf dem parlamentarischen Abend Mitteilungen davon gemacht, daß Friand ihn ostlich davon habe verständigt lassen, daß der französische Ministerrat keine Delegation in Genf genehmigt habe, so daß nunmehr mit den technischen Verhandlungen begonnen werden könne. —

Friand über seine Unterredung mit Stresemann.

Hb. Paris, 22. September. Friand erklärte gestern nach Beendigung des Ministerrats einem Vertreter des „Köln“ auf die Frage: „Ihre Unterredungen mit Stresemann werden also bald eine Folge haben?“ „Zweifelsohne werden die Ratsleuten und die Techniker sich bald an die Arbeit begeben. Wir werden abwarten sehen, in welchem Augenblick eine neue Bewegung eportiert sein wird. Auf alle Fälle will ich mich inzwischen einige Tage andrücken, denn ich befürchte, daß in der Folgezeit, bis zum Monat Dezember, diese ersten Verhandlungen mir nicht viel Ruhe lassen werden.“ Friand hat gestern nachmittags Paris verlassen und wird erst in ungefähr 8 Tagen zu dem für den 1. Oktober festgesetzten Ministerrat zurückkehren. —

Englische Verhandlungen nach China.

Hb. London, 22. September. „Daily Telegraph“ meldet aus Kanto, daß drei Kreuzer und die dritte Japanschiffliche Flotte erhalten haben, nach China zu gehen. Das Flugzeugmutter-schiff „Ormes“ ist am Montag nach China in See gegangen. —

Die Sturmstarkrose in Amerika.

Hb. New York, 22. September. Wie aus Mobile (Alabama) gemeldet wird, dauerte der Orkan in der Stadt 18 Stunden. Der angerichtete Sachschaden ist auch hier beträchtlich, doch sind Menschen nicht ums Leben gekommen. Wie aus New Orleans gemeldet wird, verlor der Orkan im südlichen Teile des Staates Mississippi an Stärke. —

Wirbelsturm in Paraguay.

Hb. Encarnacion (Paraguay), 22. September. Bei einem Wirbelsturm, der gestern nacht den ortsigen Teil der Stadt heimsuchte, wurden 130 Personen getötet und 300 verletzt. Mehrere Boote auf dem Fluß Parana sind gesunken. Der Schaden wird auf eine Million Dollar geschätzt. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 22. September 1926.

Vom Wochenmarkt.

Ein Pferd, das einen schweren Gemütsanfall zum Markte gezogen hatte, schien sich über die vielen Menschen zu ärgern, die schreiend, drängend, laufend und gestikulierend den Marktplatz bevölkerten. Der Aufsichtserfahrene die dursichtige Stelle. Diesen unbewachten Augenblick nutzte der Gaul aus. In seiner Wut wollte er mit dem entladenen Wagen geradewegs in die Stände hinein. Kreischend suchten die Frauen der Gefahr zu entrinnen. Doch eine alte erfahrene Marktfräule verlor vor einem wild gewordenen Gaul nicht die Nerven. Beherzt sagte sie in die Räume und brachte mit schnellem Rucke das Pferd zur Mäßen. Sie rettete damit die Situation, die gefährlich genug aussah. Und als ob nichts geschehen wäre, stand das Pferd schnuppernd vor den Köhlkuffen. Scheinbar hatte es große Lust, einmal dort ein Frühstück zu probieren.

Auf dem Gemüsemarkt ist das durch die Herbstzeit bedingte große Angebot von Früchten vorhanden. Die Preise sind beim alten geblieben. Blumenkohl kostet der Kopf 25 bis 30 Pfg., Birnen kosten 10 bis 20 Pfg., Äpfel 20 bis 30 Pfg., für 1 Pfund Kürbis werden 10 Pfg. verlangt. Zwiebeln kosten 10 Pfund 40 Pfg. rote Rüben kosten das Stück 10 Pfg. Für 3 Stück Gurgeln werden 10 Pfg. bezahlt. Drei Stück Kohlrabi sind für 20 Pfg. zu kaufen. Gurken aller Sorten kosten 20 Pfg. Der Kopf Weißkohl ist für 15 Pfg. zu kaufen, ebenso Rotkohl und Wirsingkohl. Für eine Selleriefolle werden 30 Pfg. gefordert. Ein Pfund Muspflaumen kostet 15 Pfg. Tomaten sind in großen Mengen vorhanden, der Preis bewegt sich zwischen 5 und 10 Pfg. für das Pfund. Ebenfalls sind Kartoffeln stark angefahren und werden fleißig, auch in großen Quanten, gekauft; für 10 Pfund Industrie werden 40 Pfg. für die gleiche Menge Odenwälder 45 Pfg. verlangt.

Ein Stück Landbutter kostet 85 bis 95 Pfg. Mollensleber Käse kosten 10 Stück 95 Pfg. Der Eierpreis schwankt zwischen 13 und 15 Pfg.

Die Fische befanden auf dem Markte die Kälte ihres Blutes, indem ihre Preise in gleicher Höhe bleiben. Für Salzheringe sind 6 bis 12 Pfg., je nach Güte und Größe, zu zahlen. Geräucherter Schellfisch kostet 40 Pfg., Goldbarsch, Seelachs, Schellfisch und grüne Heringe kosten 30 Pfg. Ein Pfund Bücking ist für 50 Pfg. zu haben.

Auf dem Fleischmarkt herrscht die gewohnte Mißstimmung. Käufer sind sehr schwach vertreten. Die Preise sind ohne Veränderung geblieben. Ein Pfund Schaftees kostet 1 Mark, Rohwurst, Leberwurst und Sülze ist für 1,40 Mark zu kaufen. Kochfleisch kostet 1,20 Mark, Rippensteck und Kadensfleisch 1,40 Mark, Rindfleisch 1,10 Mark, Hammelfleisch 90 Pfg. bis 1,10 Mark. Ein Pfund Flomenschmalz wird mit 1,50 Mark bezahlt. Mettwurst kostet 1,60 Mark und Bratwurst 1,80 Mark pro Pfund. Frischer Speck ist für 1,20 Mark und geräucherter Speck für 1,50 Mark zu kaufen.

Reintert sich der Kleingarten?

Die Kleingartenbewegung leidet zurzeit darunter, daß der Kleingarten seine im Krieg erworbene Berücksichtigung teilweise verliert, die Gartenarbeit „reintert“ sich nicht; man kann alles billiger kaufen, als man es im eigenen Garten baut. Das ist eine rein privatrechtliche Anschauung, die nicht mit der volkswirtschaftlichen übereinstimmt. Volkswirtschaftlich rezentiert der Kleingarten sich immer, auch wenn privatrechtlich scheinbar nichts damit zu gewinnen ist. Denn die Arbeit im Kleingarten ist Gesundheitsförderung, ist Erholung, soll nicht Kräfteverbrauch, sondern in erster Linie Kräftewiederherstellung sein. Es handelt sich um Zeit, die sonst vielleicht ohne nützliche Tätigkeit bleibt, um Ausübung von Freizeitsport, und damit um eine Erhöhung der Gesamtleistung.

Was in Gartenarbeit erreicht wird, möge eine neue von Dr. Heinz Rothhoff im „Reichsarbeitsblatt“ mitgeteilte Zahl aus Sachsen zeigen. Im Freistaat sind 4500 Hektar Kleingarten- und Kleingartenland vorhanden. Auf dem dafür benutzten Gebiet war früher 2570 Hektar landwirtschaftlich benutzte Fläche. Auf dieser Fläche von 2570 Hektar wurden nach dem statistischen Durchschnitt Sachsen auf den Kopf der sächsischen Bevölkerung 28 Gramm Nahrungsmittel erzeugt, in der Hauptsache Korn und Kartoffeln. Auf 2570 Hektar Kleingartenland aber werden auf den Kopf der Bevölkerung 10360 Gramm Nahrungsmittel erzeugt. Das ist der 50fache Betrag! Trotz des Gefehes vom abnehmenden Bodenertrag eine derart unglückliche Steigerung. Sie beruht darauf, daß ein noch viel Höheres an Arbeit und Aufwand in den Boden gesteckt wird. Vielleicht das zusehender an Mühe steht in der Ertragskultur des Kleingartens gegenüber der üblichen landwirtschaftlichen Nutzung.

Aber das ist gerade das, was Deutschland heute braucht. Wir müssen das Höchstmögliche aus der Scholle herausholen. Und das einzige, woran wir Heberisch haben, ist menschliche Arbeitskraft. Hier kann sie sich in einer Weise betätigen, die für Volksgesundheit, Gerechtigkeit und Kultur ebenso wertvoll ist wie für die Volkswirtschaft.

Schiedsentscheidungen in Auswertungsfragen.

Der „Amtliche Preussische Pressedienst“ teilt die folgenden die weitere Öffentlichkeit interessierenden Beschlüsse des S. Fernsitzungsrechts des Kammergerichts mit:

Eine erst nachträgliche Einigung der Beteiligten über die Höhe der Aufwertung im Laufe des Aufwertungsverfahrens legitimiert die einmal begründete Jubiläumigkeit der Aufwertungsstelle nicht (31. Juli 1926, An. III 278/26). — Für die Frage, ob eine Forderung durch eine Hypothek gesichert ist, also die Vorschriften der §§ 8 ff. A. O. Anwendung finden, kommt es darauf an, ob die Hypothek wirtschaftlich überhaupt noch als Sicherung der Forderung angesehen werden kann, nicht an. Die Forderung gilt vielmehr als durch Hypothek im Sinne des § 8 A. O. gesichert auch dann, wenn der Geldbetrag der Hypothek selbst mit Rücksicht auf ihre bei einem niedrigen Stande der Papiermark erfolgte Grundbucheintragung nach dem A. O. nur ganz geringfügig ist (31. Juli 1926, An. III 673/26). — Ansprüche aus Darlehen, die gelegentlich der Grundstücksübertragung zur Erwidmung der Forderung des Verkaufes Grundbuchs gegeben sind und auch dieser Forderung entsprechend verwendet worden sind, sind als Darlehen und nicht als Kaufpreisleistungen zu erachten (7. August 1926, An. III 479/26).

Die Mitteilung des Schuldners an den Gläubiger von der Schuldübernahme durch den Dritten und die Genehmigung dieser Schuldübernahme durch den Gläubiger können auch nach während des Aufwertungsverfahrens erfolgen. Wenn allein kann werden ein Verbot wider die guten Sitten nach einer Klage gegenüber dem Schuldübernehmer gefunden werden (7. August 1926, An. III 687/26). — Der Gläubiger einer Darlehenshypothek erachtet die Hypothek nicht früher als die Darlehensforderung, wenn das Darlehen nach der Hypothekeneintragung ausbezahlt worden ist, auch wenn verhandelt worden war, daß der Gläubiger die Darlehenssumme erst nach Eintragung der Hypothek auszahlen brauche (14. August 1926, An. III 573/26).

Die kommunalen Elektrizitätswerke Deutschlands.

Die Elektrizitätswirtschaft Deutschlands trägt durchaus einen einheitlichen Charakter. Neben geringfügigen Leistungen, die in dem gemeinwirtschaftlichen Bereich auch der Zeit der

Die Gartenbauwoche.

Von dem eigenartigen Reize der Ausstellung im Hallenbau Land und Stadt vermittelt unser Bild einen kleinen Eindruck. Nur aus Früchten wurde die bunte Fläche gestaltet. Äpfel, Birnen, Nüsse, Tomaten, Pfäumen, Weintrauben usw. wurden nebeneinander gelegt, zu scheinbar wirren und doch harmonischen Bildern geordnet. Es ist der Stand des Vereins der Obst-, Gemüse- und Lebensmittelhändler Magdeburgs. Ähnlich wirkungsvolle Stände sind noch in großer Zahl auf der Ausstellung zu bewundern.

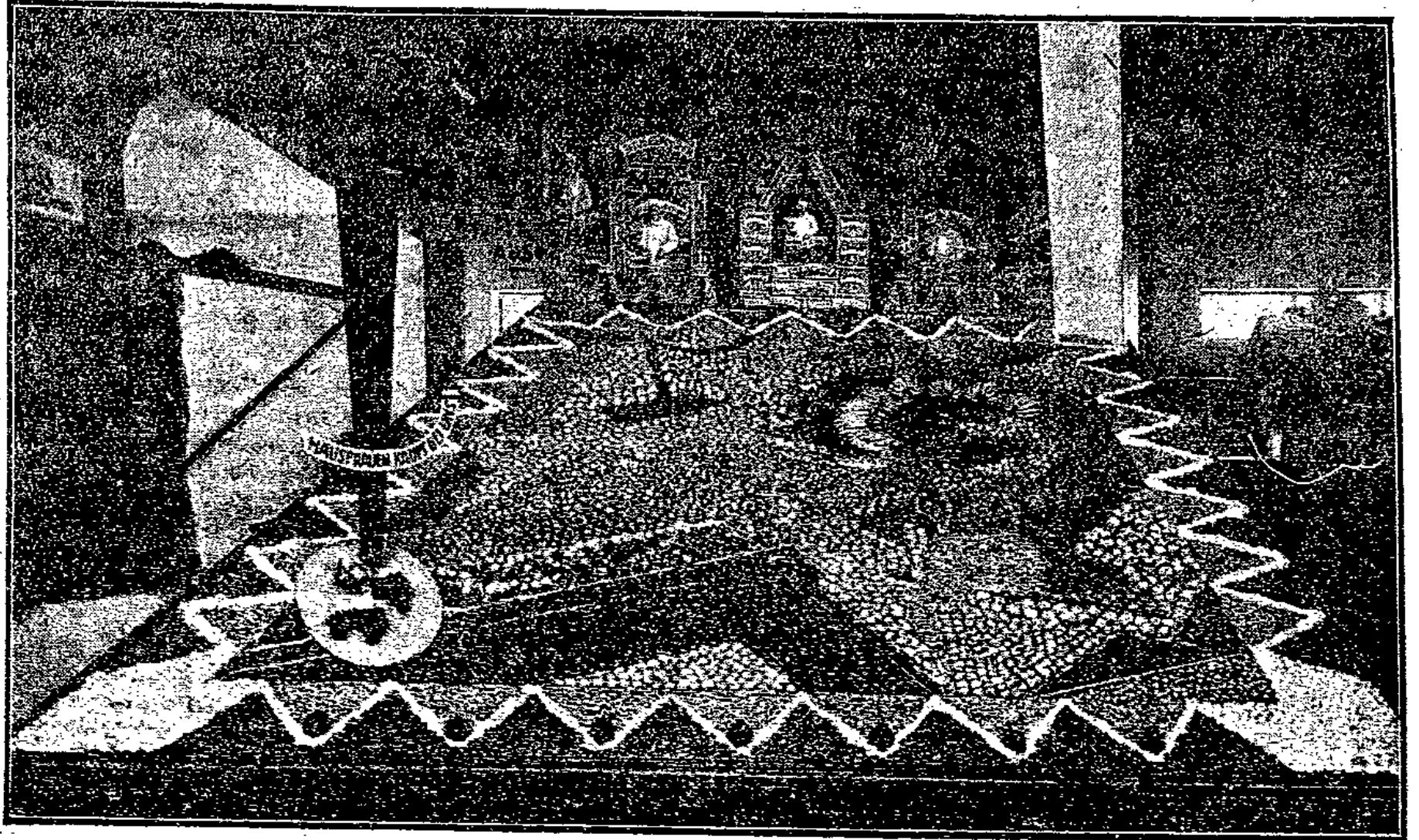
Auch die Blumenpracht an den Ständen der Blumengärtner erfreut die Besucher. Wir erhalten darüber diese Schilderung:

Die Blumen auf der Gartenausstellung. Blumen sind immer schön, zumal wenn glimmernde Sonne über sie hinstrahlt. Aber die einzelne Blume wird auch bei

blumenhaften Weichheit, das Schlechthin in dieser Halle nicht zu überbieten ist. Ein einziges Blüten und Grünen liegt in der schmeichelnden Luft.

Leuchtend ziegelrote Blumen mit weißen Epithen, goldfarbige und golden umrahmte, Nachstrofa Blüten, die innen chamois schimmern. Hier spiegelt sich das Sonnenlicht auf terrakottafarbenen, dort auf rötlichorangenen Pflanzen. Daneben vermischt sich Rotorange mit weißen Epithen in einem Gelbe zu leuchtendem orangegelb, das nach innen in kupferrote Tönung übergeht.

Seltene Blumen, deren lateinischer Name nichts sagend für ihre lebende Schönheit ist, sind überzogen von leuchtendem karmoisinroten Schmelz, den ein Hauch abzuweichen vermöchte. Die Kunst des Gegenjages, die Kunst der dekorativen Gestaltung,



größter Pracht den Wirkungskreis ihrer Schönheit nur für einen kleinen Raum entfalten können. Bringt aber eine ordnende Hand Blumen über Blumen zu großen Farben- und Flächen-einheiten zusammen, so muß diese Regenerierung von einer blühenden Farbenfreude sein, die jeden begeistern muß, der nur eine Spur künstlerischen Verständnisses in sich trägt.

Blumenausstellungen wollen diese Wirkung erzielen. Im Freien liegt die Gefahr der Zersplitterung nahe, da der Horizont die einzige Kulisse bildet, wenn nicht künstlich die Schauplätze markant gezeichnet wird. So ergibt sich, daß eine Blumenpracht in gedämpftem Licht einer weiten Glashalle wohl die Perspektive zum Großen bewahrt, aber dennoch die Farbenkonzentration erlaubt.

Auf der Magdeburger Gartenbauwoche ist dieses Bild angestrebt worden, und der zahlreiche Besuch beweist, daß die Leistung hier gute Hände am Werke gehabt hat. Farbentiefe und Farbenreue ist das Motto auf dem Blumenpark. Die Dichte als Königin des Herbstes einfacher ihren wunderbaren Reiz in kleiner und großen Gruppen. In violett, in rot leuchtend, aufflammend in der Schönheit des Gesamteindrucks.

In hundertfachen Arten, Formen und Größen blühen Dahlien und Chrysanthenen, Rosen und Pelargonien, Geranien und Petunien dem Besucher entgegen. Dazwischen sind Veilchen, Palmen und Myrthen. Ein seltsames, von einer Reinheit und

die Kunst der Farbenharmonie zeugen von der hohen Leistungsfähigkeit der deutschen Gärtner und ihrer künstlerischen Mitarbeiter. Nicht wahllose Farbigkeit um der verschiedenen Farben willen, sondern intensive Reinheit, die nach einem Punkte geordnet ist, nämlich dem Grundgesetz natürlicher Schönheit.

Nur noch 2 Tage, dann wird die Herrlichkeit wieder in ihre Einzelteile verfallen und sich zersplittern. Jetzt ist die Ausstellung, besonders wenn durch die Weissenfurter der Halle die letzten Sonnenstrahlen brechen, noch mal in reiferer Blüte.

Magdeburger Lebensmittelgroßmarkt.

Die Gartenbauwoche ist der Auftakt zu dem neuen Magdeburger Lebensmittelgroßmarkt, der fortan in der Halle Land und Stadt abgehalten wird. Er beginnt dort sofort nach Schluß der Ausstellung. Damit den Kleinhändlern aus dem Stadtgebiet Gelegenheit gegeben ist, schon frühzeitig zu der etwas entlegenen Halle zu gelangen, hat die Magdeburger Straßenbahn einen Frühverkehr eingerichtet, der verkehrsmäßig nach folgenden Fahrplan laufen soll: Mittwochs und Sonnabends: ab Neue Renntadt 3.25 Uhr, ab Alte Renntadt 3.25 Uhr, ab Friedrichstadt 3.29 Uhr, ab Suden 3.25 Uhr, ab Krantenkalk 3.28 Uhr, an den übrigen Tagen eine Stunde später. Die Stadtteile Sudenburg und Wilhelmstadt sind zunächst nicht in den Verkehr einbezogen, da diese abseits in der Nähe der Halle liegen.

rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerke erzielt wurden, hat das Reich eigene Elektrizitätsunternehmen. In den letzten Jahren ist auch die Stellung der Landesregierungen in der Elektrizitätswirtschaft eine stärkere geworden. Daneben besteht noch eine Reihe von rein privaten Werken, meist kleineren Umfangs. Die bedeutende Rolle, die die rein kommunalen Elektrizitätsunternehmen in der Elektrowirtschaft spielen, wird noch mehr unterschätzt.

Dies ist eine Veröffentlichung sehr ausführlich, die die Interessengemeinschaft kommunaler Elektrizitätswerke veröffentlichen und die damit den Anstoß auf eine besondere Berücksichtigung ihrer Mitgliedswerke in der allgemeinen Wirtschaftspolitik begründen. Es heißt da u. a.:

Die deutsche Elektrizitätswirtschaft hängt nicht so sehr von großen Überorganisationen, von Reichsgesellschaften oder ähnlichem ab, als es heißt und fällt vielmehr mit der Steigerung des Verbrauchs, der jedem örtlichen Verbrauch, der Wirtschaftlichkeit der Tarife, der Gesundheit wie der Erzeugung, so vor allem auch der Verteilerwerke. Das sind aber in allererster Reihe die kommunalen Elektrizitätswerke.

Von den für die Jahre 1923/24 statistisch erfaßten, in öffentlichen Berichten erfaßten und zur Abgabe gelangten rund 11 Milliarden Kilowatt entfielen 3,4 Milliarden, also nahezu ein Drittel (30,9 Prozent), auf die reinen kommunalen Elektrizitätswerke. Nach unsern neuesten Erhebungen verfügen 255 kommunale Werke (d. h. 99 Prozent der vorhandenen) 1472 Werke mit 29 Millionen Einwohnern und einem Verbrauchsgüter von 177.000 Quadratkilometern, d. h. 29,2 Prozent aller politischen Gemeinden, 37,5 Prozent des Umfangs und 46,2 Prozent der Einwohnerzahl Deutschlands. Dabei handelt es sich nicht etwa nur um kleinere oder rein örtliche Anlagen. Ihre Wirkungskreise erstrecken sich weit über die einzelne Stadt, über Gemeindegemeinschaften, Provinzen und selbst über deren Grenzen hinaus zu großen leistungsfähigen Gemeinschaften entwickelt.

Table with 2 columns: Name of the utility company and its capacity in Kilowatts (Kilowatt). The table lists 7 different utility companies and their respective capacities.

Von den sieben größten öffentlichen Elektrizitätswerken geben vier der Werke, die teils vom Reich, teils als Bundeswerke, teils gemeinwirtschaftlich (R. E. W.) betrieben werden, jährlich

2023 Millionen Kilowatt, drei kommunale Werke 1112 Millionen Kilowatt ab, es entfallen somit auf erstere rund 60 Prozent, auf die kommunalen Werke 40 Prozent der abgegebenen Strommenge.

Die wirtschaftliche Lebensfähigkeit der großen kommunalen Verteilerwerke ist aber von ausschlaggebender Bedeutung für den Strompreis, der seinerseits für die Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie entscheidend ist. Niedrige Tarife können nur von Elektrizitätswerken gestellt werden, die in ihrer Entwicklung und ihrem Ausbau nicht behindert werden, die nicht den Großbetriebswerken untergeordnet sind, sondern mit ihnen auf dem Fuße der Gleichberechtigung verkehren und verhandeln können. Das bietet allein die Gewähr für die wirtschaftliche Gestaltung der Strompreise, deren Senkung für den industriellen Großverbraucher wie für den kleinen Heimverbraucher von größter Bedeutung ist. Eine Verbilligung kann nur in gewissem Umfang auf dem Wege der Senkung der Erzeugungskosten erfolgen, da selbst eine Ermäßigung um 10 v. H. — und das ist gewiß kein geringer Prozentsatz — eine Ermüdung des Strompreises nur um Bruchteile von Hunderten bewirken kann. Erst die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Verteilerwerke, die bessere Ausnutzung ihrer Maschinen, ihres Verteilungsnetzes, ihrer Arbeitskräfte usw. durch steigenden Verbrauch kann zu einer für die Verbraucher und die Wirtschaft nützlichen Ermäßigung der Strompreise führen.

Besonders die Industrie sollte sich mehr als bisher dieser Zusammenhänge bewußt sein, sich vergegenwärtigen, daß große Teile von ihr mit dem wirtschaftlichen Ergebnis der großen kommunalen Elektrizitätswerke auf Gedeih und Verderb verknüpft sind.

Inabesondere der Appell an die Industrie ist durchaus berechtigt. Wenn nun die kommunalen Elektrizitätswerke eine reichsrechtliche Regelung zur Fortführung und Fortentwicklung der Elektrizitätswirtschaft in Deutschland ablehnen und auch sonst der freien Wahrnehmung ihrer Interessen keine Schranken gesetzt haben wollen, so wird man einer derartigen Forderung mindestens mit Zweifeln gegenüberstehen müssen. Die Probleme der Elektrizitätsversorgung haben nicht nur den Rahmen der einzelnen Kommunen, sondern auch den der Länder und selbst die Grenzen großer Reichs gesprengt. Heute herrscht eine internationale Regelung an einzelnen Stellen der Elektrizitätswirtschaft erforderlich und die Zeit ist nicht mehr fern, wo dieses Gebiet zu einer durchaus internationalen Angelegenheit wird. Unter diesen Umständen wird man bei aller Bereitschaft für die Selbständigkeitsbestrebungen der Kommunalwerke gegenüber monopolartigen Gebilden doch verlangen müssen, daß die Kommunen nicht gegen in Zukunft mit dem Reich und Bundesbehörden dazu beizutragen suchen, daß die deutsche Elektrowirtschaft für alle Teile des Volkes auf dem Volkswirtschaftlichen Wege geregelt wird und daß man dazu auch die gesetzgeberische Macht der obersten Organe des Reiches in geeigneter Weise zu Rate zieht.

Das griechische Flüchtlingselend.

Aus Saloniki geht uns nachstehende Schilderung des ungeheuren griechischen Flüchtlingselends zu, das der Völkervertrag hier erwacht dem Völkervertrag nach dem bevorstehenden Beitritt der Türkei eine dankenswerte Aufgabe. Hier die Schilderung: Die sogenannte Kulturwelt beschäftigt sich nur dann mit Griechenland und seiner Politik, wenn ein neuer Pulsch ihr Interesse erregt. Dabei tragen die mehr oder weniger aufregenden Ereignisse, welche Griechenland seit Jahren alle paar Monate erschüttern, noch dazu bei, den Ruf des Volkes herabzusetzen. Das Schlagwort von den politisierenden Generalen und von den unbeherrschbaren Kaffeehauspolitikern hat gewiß seine Berechtigungen, aber nur selten wird darauf hingewiesen, daß auch die Weststaaten ein bedeutendes Maß von Mitschuld an den unhaltbaren Zuständen trifft.

Es soll von der Mittelmeer- und Orientpolitik gar nicht die Rede sein, die immer eifrig bestrebt ist, Griechenland einmal in das Schlepptau Italiens, das andermal in jenes Englands oder Frankreichs zu bringen. Die Hauptursache aller Krisen seit der Konferenz von Lausanne, auf der England die Griechen böllig im Stiche ließ, nachdem sie für englische Interessen in Kleinasien geblutet hatten, ist

in der Gewaltpolitik zu suchen,

welche damals eingeleitet wurde, indem man der Türkei den großen Bevölkerungsaustausch zugestand. Es ist schon häufig auf das Elend hingewiesen worden, welches das unheilvolle Beginnen heraufbeschworen hat. Aber nichts ist dagegen unternommen worden. Die Völkerbundanleihe ist größtenteils verpöbert, nachdem die ausgeworfenen Beträge von allem Anfang an zu gering waren, ohne daß dem Massenehend, das die europäische Politik dort aufgeführt hat, gesteuert wurde. Die Stadt Athen allein ist zweimal so groß geworden, wie sie vor dem Kriege war. Wie soll mit den primitiven Mitteln zerrütteter Staatsfinanzen der Wohnungsnot und der Flüchtlingsfrage abgeholfen werden?

Aus nationalen Gründen versuchte es die Athener Regierung, die Remigranten aus Kleinasien in Griechenland-Mazedonien anzusiedeln, um einen nationalen Wall gegen den Norden zu schaffen.

Siebzehn Flüchtlingsbüros

wurden dort errichtet, um die Kolonisierung der mazedonischen Ferge vorzunehmen. 115312 Personen kamen aus türkisch-Thrazien, das man der Türkei zurückgegeben hatte, 127315 kamen aus Kleinasien, 127632 von den Küsten des Schwarzen Meeres, 32039 aus dem Kaukasus und 24640 aus Bulgarien. Dazu kamen noch 3279 aus andern Gegenden. 430437 Menschen sollten also in dem iden Griechisch-Mazedonien untergebracht werden, ein Ansuchen, das nur an dem grünen Tisch einer europäischen Konferenz gestellt werden konnte.

Unter den unersättlichsten Entbehrungen wohnen die meisten dieser Unglücklichen, die ihr mitgebrachtes kleines Vermögen, das aus dem Verkauf all ihrer Habe in ihrer alten Heimat kam, aufgezehrt haben, heute noch unter Zelten. So gehen sie einem neuen Winter entgegen, der in den Steinwägen Mazedoniens gewiß nicht zu den Annehmlichkeiten des Lebens gehört. Was nicht an Zeichen dahinsiecht und stirbt, sucht vergeblich nach Erleichterungsbedingungen, gar nicht zu reden von der seelischen „Erschöpfung“, die dort jedem einzelnen zuteil wird, indem man ihn mit Gewalt der Unmoral und dem Verbrechen zutreibt. Die blühenden Städte, an denen die aus der Türkei Geflohenen einst lebten, sind gefallen und zu Ruinen geworden. Anatolien ist fast menschenleer. Dort könnten Millionen ein auskömmliches Dasein finden, während hier Hunderttausende mit Weib und Kindern

langsam verhungern und zugrunde gehen.

Diese Flüchtlingsfrage ist es, welche Griechenlands Politik unterwühlt und eine Wirtschaftskrise nach der andern hervorruft. Die ewigen Revolutionen und Putzche sind nur die

Folge davon, daß Hunderttausende entwurzelte Menschen zu flüchtigen Bettlern gemacht wurden durch jene famose von Europa sanktionierte Formel des Bevölkerungsaustausches, der es der Türkei ermöglicht hat, ungestraft und völkerrechtlich sanktioniert, ungezählte unschuldige Familien zu veräuben und aus ihren Wohnsitzen zu vertreiben. Das Recht der Freizügigkeit galt seit jeher zu den Fortschritten und Errungenschaften der Kultur. Europa hat dieses ursprüngliche Menschenrecht der türkischen Griechen vernichten lassen, und wegen der katastrophalen Folgen schüttelt man weise das Haupt.

Die größten Industrieunternehmen der Welt
Gesamt-Aktienkapital in Millionen Reichsmark

United States Steel Corp. (1219,3 Mill. Doll.)	3002
Standard Oil Co. (of New Jersey) (74,88 Mill. Doll.)	1100
J.G. Farbenindustrie A.-G.	800
Vereinigte Stahlwerke	800

Die größten deutschen Industrieunternehmen.

Die größten Industrieunternehmen der Welt. Angesichts der Zusammenschlüsse deutscher Industrieunternehmen zu Kapitalien, die vor dem Kriege für uns überhaupt kaum vorstellbar waren, mag ein Vergleich mit amerikanischen Verhältnissen lehrreich sein, wo die größten Unternehmen der Welt zu Hause sind. An ihrer Spitze stehen die United States Steel Corp. und die Standard Oil Co. (of New Jersey). Der amerikanische Stahltrust ist, am Gesamtfabrikat gemessen, um etwa das 4½fache größer als der deutsche Anilintrust, um etwa das 3½fache größer als der deutsche Montantrust. Die gesamte Standard Oil-Gruppe hat im Jahre 1925 allein für Dividenden einen Betrag ausgeschüttet, der etwa ¼ des Aktienkapitals des deutschen Montantrustes entspricht (153,51 Mill. Dollar).

Weltwirtschaftskonturrenz.

Die 2. Kommission der Völkerbundsversammlung genehmigte am Montag den Bericht Loucheurs über das Programm und die Einberufung der internationalen Wirtschaftskonferenz. Es wird darin den bisherigen Arbeiten der vorbereitenden Wirtschaftskonferenz in dem Sinne beigegeben, daß es notwendig gewesen sei, bei der Programmstellung alle wichtigeren Wirtschaftskonferenzen zu berücksichtigen. Das endgültige Programm der Wirtschaftskonferenz soll sich jedoch auf eine kleinere Anzahl der wichtigsten Fragen beschränken.

Die Zusammenberufung der Konferenz soll so erfolgen, daß die Vertreter weder den Charakter von ganz freien Sachverständigen noch den von instruierten Regierungsvertretern haben. Von einer Festsetzung des Datums für die Einberufung der Konferenz wurde abgesehen, um den Abschluß der vorbereitenden Konferenz, die am 15. November wieder stattfindet, nicht an einen bestimmten Termin zu binden. In der Diskussion kam jedoch der Wille zum Ausdruck, die Konferenz möglichst im nächsten Jahre abzuhalten. Die für die Völkerbundsversammlung bestimmte Entschließung stellt fest, daß die wirtschaftliche Weltlage grundsätzlich als je die Abhaltung einer Weltwirtschaftskonferenz erfordert und ihre Einberufung so bald als möglich erfolgen soll.

Die Vollversammlung des Völkerbundes genehmigte am Dienstag nach einer Rede des französischen Delegierten Loucheur und des deutschen Vertreters von Rheinbaben die Einberufung der Weltwirtschaftskonferenz.

Der Bericht Loucheurs schloß mit dem Hinweis auf die von dem Außenminister Stresemann kommende Äußerung, daß die Entwicklung der internationalen Wirtschaft in dem letzten Jahren

die bisherigen Formen gestrenge und neue Formen für die wirtschaftliche Zusammenarbeit gesucht und gefunden werden müssen.

Der Völkerparteller v. Rheinbaben redete französisch und erinnerte daran, daß Deutschland schon vor seinem Eintritt in den Völkerbund bereit gewesen sei, an der Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz mitzuwirken. Die allgemeine Krisenlage, welche durch die gestörte Kaufkraft der Wälder, die Arbeitslosigkeit und durch neue Grenzen sowie verschärfte Zollschranken entstanden sei, zwingt zu einer gemeinsamen Sanierungsanstrengung, die auf dem Weg einer Erleichterung des internationalen Handels, einer Vereinfachung der Transportverhältnisse sowie durch bessere Organisation der Produktion und des Warenaustausches versucht werden müsse.

Als Hauptfrage für das Gelingen der Konferenz wurde von Rheinbaben die Gewinnung der öffentlichen Meinung bezeichnet. Uns erscheint die Stimmung der öffentlichen Meinung weniger wichtig wie der gute Wille der wirtschaftlichen Machthaber, wirklich vorbehaltlos über Schäden der Wirtschaft und ihre Beseitigung zu beraten.

Das Chorzower Stickstoffwerk.

Am Tage nach der Unterredung zwischen Briand und Stresemann in Loigny frühstückte der deutsche Reichsaußenminister u. a. mit dem polnischen Außenminister. Bei diesem Frühstück wurden alle zwischen Deutschland und Polen schwebenden Fragen einer Erörterung unterzogen. Die Rückgabe des riesigen Chorzower Stickstoffwerkes spielte dabei eine besondere Rolle.

Das Stickstoffwerk Chorzow ist eine Kriegsgründung und liegt in dem heute polnischen Teil Oberschlesiens. Der Grund und Boden gehörte ursprünglich dem Reichsbesitzer, ebenso die Gebäude und Anlagen. Aber noch 1918 überreichte das Reich dieses Werk einer privaten Gesellschaft. Die polnische Regierung sah diese Uebertragung jedoch nicht als rechtsgültig an. Einmal war ihrer Ansicht nach das Reich gar nicht mehr befugt, nach dem Waffenstillstandsvertrag eine solche Uebertragung vorzunehmen, da dieser die Veräußerung von Reichsbesitz der Reparationsforderungen wegen untersagte. Außerdem wurde von polnischer Seite der Verkauf des Werkes an private Hand überhaupt als ein Scheingeschäft, als eine Schenkung bezeichnet. Nach polnischer Ansicht war das Werk also rechtlich noch Staatsbesitz und die polnische Regierung enteignete es daher kurzerhand auf Grund eines polnischen Gesetzes vom Juli 1920, das die Landesbehörden zur Uebernahme derartigen Besitzes ermächtigt und anweist.

Das Genfer Abkommen über Erenschlichtung regelt auch den Uebergang von fiskalischem Besitz und bestimmt dabei als entscheidende Instanz in Streitfällen den Ständigen Internationalen Gerichtshof in Haag. Bei diesem höchsten Gerichtshof der Welt klagte die deutsche Regierung, und nachdem der Gerichtshof sich im Sommer 1925 entgegen dem polnischen Einspruch für zuständig erklärt hatte, fand vom Februar bis Mai des Jahres die Gerichtsverhandlung in dieser Sache statt. Der Gerichtshof vertrat den Standpunkt, daß Polen aus dem Waffenstillstandsvertrag keine Rechte herleiten könne, da es zur Zeit des Abschlusses dieses Vertrags noch gar nicht bestanden und erklärte außerdem die Uebertragung des Werkes an eine private Firma für legal und tatsächlich. Demgemäß gab er der deutschen Klage statt und erklärte die Enteignung für rechtswidrig. Polen hätte das Werk nur auf dem Wege der Liquidation an sich nehmen können, wofür der Verfallener Vertrag volle Entschädigung der privaten deutschen Besitzer vorsieht.

Dieser Entscheidung zufolge verlangte die deutsche Regierung die Rückgabe des Werkes an die deutschen Besitzer und eine Entschädigung für diese, für die Benutzung der Anlagen und der Patente. Polen ließ die deutsche Note drei Monate unbeantwortet. Als sich schließlich in der deutschen Presse wegen dieser Haltung der polnischen Regierung Lärm erhob, antwortete die polnische Regierung, aber im wesentlichen ablehnend. Sie verweigerte die Rückgabe des Werkes, jagte nur zu, daß das Werk mit den deutschen Vorbesitzern unterhandeln dürfe wegen einer Entschädigung und ignorierte überhaupt in weitgehendem Maße die von dem Haager Gerichtshof gefällte Entscheidung.

Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund hat diesem Zustand endlich ein Ende gemacht. In persönlichen Verhandlungen der zuständigen Außenminister, die nur infolge ihrer Anwesenheit in Genf möglich waren, hat die Rückgabe des Stickstoffwerkes in Chorzow ebenfalls eine gewisse Klärung erfahren, so daß mit ihrer baldigen Regelung in dem deutschen Sinne zu rechnen ist. Die andern schwebenden Probleme zwischen Deutschland und Polen dürften nach unsern Informationen aus Genf auch bald einer Klärung entgegensehen. Diese Ansicht wäre ohne Genf vorläufig noch nicht vorhanden.

Das Haus ohne Pachen.

Roman von Otto Knefelde.

Copyright 1924 by Karl Lueder, Verlag, Berlin W.

Illustriert von Rudolf Böttge.

(11. Fortsetzung.) (Schlußband verboten.)

XI.

Der Detektiv hatte mit seiner Vermutung wirklich das richtige getroffen: Suzie phantasierte Wege durch die Stadt gegen Hans Eid. Sie ließ sich durch sein spürbares Verschwinden und durch die ungewohnten Anzeichen, die ihr Vater ihr nur geben konnte, weder in ihrer Hilfsbereitschaft wankend machen, noch vor der Nähe zurückweichen, einer Menschen in dem großen Berlin ausfindig zu machen. Ein gut Teil abergläubischer Hoffnung war in ihr, wenn sie sich jeden Morgen von neuem auf den Weg machte. Sie hoffte voller Zuversicht, daß geheimnisvolle, unheimliche Mächte, die ihre Liebe und ihr guter Wille woben, Eid eines Tages zu ihr ziehen würden.

Sie war vom frühen Morgen bis zum späten Abend auf den Beinen, jenseits unermüdet die große Stadt ab, ließ sich durch alle vergeblichen Gänge nicht entmutigen.

Vom dem Dienstmädchen des Sanitätsbataillon hatte sie erfahren, daß Eid tatsächlich dort gewesen war. Welches Ergebnis die Unterredung gehabt hatte, erfuhr sie freilich nicht, aber sie konnte sich aus dem Bericht des Mädchens das richtige zusammensetzen. Eid hatte verstanden und schnell das Haus verlassen, sie hatte auch von seiner Begegnung mit Eva erfahren und konnte sich also leicht sagen, daß Eid abgewiesen worden war.

Aber mit diesem Besuch der Postenach verabschiedet sich Suzie wieder vollkommen.

Suzie nahm ihre Wanderungen wieder auf und wollte nicht daran glauben, daß Eid zugrunde gegangen war. Eine Ueberzeugung, für die sie zwar keinen vernünftigen Grund angeben konnte, aber die sie ihrem Vater gegenüber immer wieder behaupten, daß Eid am Leben sei, und daß er ihr eines Tages, und zwar sehr bald, über den Weg kommen würde. Der um ihrem Vater von seiner Bestimmung zu berichten, ging sie zum Polizeipräsidenten und zog Erkundigungen ein, die ihrer Ueberzeugung allerdings nicht gaben.

Hundertmal schon hatte sie geglaubt, Eid in einer der verkehrsreichsten Straßen zu erkennen. Die ihren Weg trugen, hundertmal hatte sie ihr Herz bis an den Hals pochen fühlen,

und immer hatte sie sich einem Menschen gegenüber gesehen, dem sie niemals in ihrem Leben begegnet war.

Da, eines Abends, es war der fünfte Tag ihres erfolglosen Suchens, sah sie Hans Eid.

Er kam vom Tiergarten her und überquerte den Königsplatz. Er schlenkerte langsam, einen Stock in der Hand, mit gekrümmtem Kopf über den Fahrdamm und achtete überhaupt auf niemand. Er schien von einem Spaziergang zu kommen, denn seine Schritte waren behäblich. Sie war darauf vorbereitet, ihn gerulmpert abgerufen und schäbig zu sehen. Nun kam ihr ein Herz entgegen, der — nach seiner Kleidung zu urteilen — den besten Ansehen angehörten sollte. Aber es war kein Zweifel möglich: Dieser Herr war Hans Eid! Schon an der Art seines Ganges hatte sie ihn sofort erkannt. Sie mußte sich an einen Baum lehnen, so groß war ihre Erregung, als Eid ihr näher und näher kam. Sie erkannte jeden Zug seines Gesichtes, obwohl er sich sehr verändert hatte und seine Züge eingefallen waren. Viel älter erschien er, als er in Wirklichkeit war. Sein Gesicht war grau, und er ging etwas gebückt, diese Falten lagen um seinen Mund. In Suzies Herz kam plötzlich ein Mitleid mit diesem einsamen Spaziergänger, der an einer Schuld trug, die andre von ihrer Schulter auf seine gewaltig hatten. Sie sah seine Augen, und



die waren die gleichen geblieben. Diese hellblauen Augen erhellte sie sofort. Auch den Mund erkannte sie, wenn er auch ein wenig schmaler geworden war.

Als Eid sich auf die Länge eines Armes gedreht hatte, erkannte sie aus ihrer Ferne. Sie tat einen Schritt auf ihn zu, und jetzt erst bemerkte er sie. In dem Augenblick, als er

lich eine Aste, aber in derselben Sekunde hatte er sich auch wieder gefast und beherzt, und wäre nicht ein Fladen in seinen Augen geblieben, so hätte man glauben können, daß er die Frau, die sich ihm mit ein wenig erhobenen Armen in den Weg stellte, überhaupt nicht kannte.

„Was?“ rief Suzie. „Herr Eid — —!“

Er sah sie an, und seine Mienen waren vollkommen ruhig, wenn ihn auch noch immer das unruhige Fladen in seinen Augen verriet. Ein wenig lächelte er den weichen, grauen Hut, dann jagte er fragend und sehr kühl:

„Wann Fräulein?“

„Du — — Sie kennen mich nicht?“

Er machte einen vergeblichen Versuch, zu sprechen, dann sagte er in dem gleichen Tone vollkommener Ruhe:

„Sie scheinen sich zu irren, Sie verwechseln mich.“

„Sie sind Hans Eid — —“

„Mein Name ist Darmuth. Ich kenne Sie nicht.“

„Ich bin Suzie Endrulat, Herr Eid — —“

Er zuckte die Achseln und wandte sich zum Gehen, aber sie ließ ihn nicht fort, sondern stellte sich ihm abertausendmal in den Weg.

„Ich weiß gewiß, daß Sie Hans Eid sind.“

Aber Unsicherheit und Ratlosigkeit waren plötzlich in ihrer Stimme, fast weinte sie.

„Ich kenne Sie nicht!“ wiederholte er ungeduldig und setzte seinen Weg fort, beschleunigte seine Schritte um so mehr, je weiter er sich von ihr entfernte.

Nur wenige Sekunden hatte diese Unterredung gedauert. Suzie starrte jetzt dem Dahingehenden nach. Aber schnell vertrieben ihre Unruhe. Sie war jetzt überzeugt, daß sie eben mit Hans Eid gesprochen hatte, kein Zweifel war möglich. Unter Zurückdenken hätte sie an diesem Gange Hans Eid erkannt. Seine Stimme war die gleiche, obwohl sie klanglos und etwas heiser klang. Suzie folgte ihm auf dem Fuße. Zwar wagte sie nicht, einen neuen Versuch zu machen, sich ihm zu nähern, aber sie ließ sich auch nicht abdrängen, als er sich nach einer Weile umschaute und sie unwillig, mit getrunzelter Stimme ansah. Sie setzte ihren Weg unbedünnt fort. Dabei er in die Friedrichstraße einbog, hob er zu zögern, wohn er sich wenden sollte, dann machte er sich auf den Weg zu seinem Hotel. Suzie folgte ihm bis dahin, sah ihn in dem Hause verschwinden und überlegte, was nun zu tun sei. Sie ging eine Seitengasse auf und ab und betrat schließlich den Vorraum des Hotels. Einen Pförtner, der sah ihr in den Weg stellte, fragte sie, ob hier ein Herr Eid wohne.

Diese Frage wurde verneint.

„Aber ein Herr Darmuth wohnt bei Ihnen.“

die dann mit Trägern verbunden werden, um dem Bauwerk eine feste Unterlage zu geben. Die „tätig“ dieser „Königliche“ Herr Maurat war, hat er auch dadurch bewiesen, daß er den Schornsteinzug so gezeichnet und zum Ausbau in Angriff hatte nehmen lassen, daß er direkt auf den Uhrsturm gestossen wäre. Der damalige bürgerliche Magistrat sah sich schließlich gezwungen, dem königlichen Maurat den Stuhl vor die Tür zu setzen und unsern jetzigen Stadtbaumeister Wasserthal die Weiterführung zu übertragen, der zwar damals „nur“ Baufeldmeister war, der aber dann doch den Bau zu Ende geführt hat.

Schöneberg-Gelbesleben. Am Reichsarbeiterporttag erregte bekanntlich eine rote Fahne im städtischen Wohngebäude (Millionenhaus) den Unwillen eines bürgerlichen Stadtrats. Mit der Befugnis, daß die Mieter nur in den Stadt-, Landes- oder Reichsfarben zu flagen hätten, wenn die städtischen Behörden dazu aufordern, sollte der „Kommunistenfahne“ im Millionenhaus der Gehorsam gemacht werden. Der dagegen erhobene Einspruch hatte Erfolg, die entsprechende ministerielle Verfügung gilt nur für Dienstgebäude. Künftig ist also der roten Fahne am Millionenhaus das Geheiß gestattet. Es ist doch einfach furchtbar, wie die Nerben schwarzweisser Bürger durch rote Fahnen gefährdet werden!

Stahlfurt. Die Haltestellen des Autobus sind: Pilles Restaurant an der Neundorfer Straße am Bahnhof; Hohenerleber Straße, Ecke Schulstraße; an der Salzwerkverwaltung; an der Wegabzweigung nach Friedrichshall; an Schacht III am Natismannsdorfer Weg. Bürgermeister Eggert (Leopoldshall) macht dies bekannt mit der bezeichnenden Bemerkung, daß versucht werden wird, eine Verbesserung des Fahrplans herbeizuführen. — Die Urliste derjenigen Personen, die als Schöffe oder Geschworne berufen werden können, liegt im Magistratsbureau, Zimmer 27 des Rathauses, zur Einsicht und zum etwaigen Einspruch vom 20. bis einschließl. 28. September aus. — Bei den hiesigen Kommunisten wirkt sich natürlich der in der kommunistischen Partei entbrannte heisse Streit ebenfalls recht lebhaft aus. Praktisch tritt er zunächst in Erscheinung in einem Kampfe der beiden Richtungen um die Kandidatenliste für die bevorstehende Stadtverordnetenwahl.

Stadtkreis Nischenleben.

Erst Gehaltsabzug, dann Kündigung. Bei der Firma H. Wolf L.-G. erhielten im Mai eine Anzahl Angestellte ein Schreiben, nach dem ihnen zum 30. Juni gekündigt wird. Dann hieß es weiter: „Wir sind jedoch bereit, Sie weiter zu beschäftigen. Ihre Bezahlung hätte dann ab 1. Juli nach Gruppe III B zu erfolgen.“ Das bedeutete zwar eine ganz erhebliche Gehaltskürzung, aber noch bitterer ist die Stellungslosigkeit. Die Geschädigten gingen also auf die Verlegung in eine niedrigere Gehaltsgruppe ein und blieben bei der Firma. Im August wurde aber drei der so behandelten infolge der Betriebsverlegung abermals gekündigt, und zwar teils zu Ende September, teils infolge des neuen Kündigungsschutzes zu Ende Dezember. „Sie klagten nun vor dem Gewerbegericht auf Weiterzahlung des ursprünglichen höhern Gehalts, weil sie nur unter der Voraussetzung der längeren Weiterbeschäftigung auf die Kürzung eingegangen seien. Das Verfahren der Firma beruht gegen Treu und Glauben. Es kam in allen Fällen ein Vergleich zustande, der den Gefährdeten den größten Teil ihrer Forderungen zuspricht.“

Die Theatergemeinde hat bis jetzt rund 670 Mitglieder gewonnen. Es sind noch etwa 70 Plätze zu vergeben, und zwar zu 2,50 Mark, 1,50 Mark und 70 Pfennig. Am Sonnabend werden die Listen geschlossen; schleunigste Anmeldung ist deshalb zu empfehlen. Die erste Vorstellung wird bald angeheißt werden, voraussichtlich auf den 12. Oktober. Mit der Verteilung der Mitgliedsarten wird nächste Woche begonnen.

Der Konsumverein Nischenleben hielt eine Versammlung ab, in der die Vertreter aus sämtlichen Verteilungsstellen anwesend waren. Geschäftsführer Schubert erläuterte den Geschäftsbericht für das erste Halbjahr 1926. Der Umsatz von Januar bis Juni betrug 1 533 018 Mark. Es ist eine Steigerung um 54 700 Mark oder um 3,9 Prozent zu verzeichnen. Die Zahl der Mitglieder ist von 10 155 auf 11 608, also um 16 Prozent gestiegen. Die Kasse hatte einen Umsatz von 293 534 Mark, er ist um 27 177 Mark geringer gegenüber dem Vorjahr. Verkauft wurden 11 568 Zentner Mehl. Die Fleischer steigerte ihren Umsatz von 188 678 Mark auf 254 453 Mark. Verarbeitet und verkauft wurden 2226 Zentner Fleisch gegen 1758 Zentner im Vorjahr. Geflügel wurden 700 Schweine, außerdem gelangten 356 Zentner Kindfleisch und 551 Zentner Geflügelfleisch zum Verkauf. Vom gesamten Umsatz entfielen auf Fleischer und Fleischerei 39,4 Prozent. Bei der Sparkasse wurden 89 494 Mark eingezahlt, 43 236 Mark ausgezahlt. Der Bestand an Sparanlagen betrug am 30. Juni 240 701 Mark. Unterstützung in Sterbefällen wurde in 21 Fällen im Betrage von 1050 Mark gezahlt. Die Bilanz weist gegenüber dem 31. Dezember erhebliche Veränderungen auf; so sind gestiegen die Warenbestände von 196 500 auf 272 397 Mark, Inventar, Fuhrwerk, Auto von 50 983 auf 74 015 Mark, die Grundstückswerte von 190 700 auf 238 367 Mark, Kasse und Sparanlagen von 42 924 auf 80 416 Mark, und die Geschäftsguthaben von 73 179 auf 142 989 Mark. Der Reservefonds beträgt 38 130 Mark. Für das erste Halbjahr ist der Rabatt in Höhe von 57 400 Mark zurückgestellt. Die innere Erhaltung der Genossenschaft macht ständig erhebliche Fortschritte. So brachte auch der Juli einen Mehrertrag von 120 868 Mark, und der August 91 900 Mark mehr als im Vorjahr. Geschäftsführer Groschmann berichtete über den Anlauf der Grundstücke an der Weststraße und über das Bauprogramm. Die beiden Grundstücke sind 13 500 Quadratmeter groß, mit Wasserantrieb versehen und kosten 98 000 Mark. Der gesamte Betrieb, Fleischer, Fleischerei, Zentralfleisch, Verwaltungsgebäude sowie die Nebenbetriebe sollen nach der Weststraße verlegt werden. Das gesamte Bauprogramm wird annähernd 1 1/2 Millionen Mark kosten. Zunächst sollen Zentralfleisch, Verwaltungsgebäude und Autogarage erbaut werden. Die hierzu erforderlichen Mittel betragen 500 000 Mark. Die Konsumliste des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine gibt dazu eine Hypothek von 300 000 Mk., 200 000 Mk. bringt der Konsumverein aus eigenem Vermögen auf. Das Grundstück ist bereits bezogen. Mit dem Bau soll begonnen werden, sobald die Zeichnungen vorliegen und die Baugenehmigung erteilt ist. Voraussichtlich kann bereits in 4 Wochen mit der Bauausführung begonnen werden. In der Aussprache wurde der Anlauf der Grundstücke einstimmig genehmigt und dem Bauprojekt zugestimmt. In den Ausschüssen wurden die ausgearbeiteten Ausschussmitgliedern Loth, Schulze und Lorenz wiedergewählt.

Mitmarkt.

Republikanischer Tag. Vom schönen Wetter begünstigt veranstaltete am Sonntag die Ortsgruppe des Reichsbanners einen Republikanischen Tag, verbunden mit der Wahl des neuen Banneres. Dem eigentlichen Festtag ging am Sonnabend ein Samstagsvortrag voraus, verschönt durch Gesangsvereine und Ansprachen. Der Sonntag begann mit einem fröhlichen Wecken. Bis 2 Uhr war Einzug der Ortsgruppen, denn formierte sich ein stattlicher Zug zum Umzug durch das mit Fahnen und Ehrensparten geschmückte Dorf, auf dem Dorfplatz wurde die Wache des Banneres durch ein Mitglied des Samstagsverbandes vorgenommen. Zunächst sprach ein Redner und überreichte eine vom dem Banner gestiftete Fahnenfahne; eine Reihe von Ortsgruppen überreichte Fahnenstücke. Nach dem Wecken des Banneres formierte sich der Zug zur Gefährtenziehung am Ortsplatz auf dem Friedhof. Auf dem Friedhof standen die Worte des Banneres bei der Geldverehrung und Kommunistenbegegnung. Die Kapelle spielte „Oh hat! einen Kameraden“. Nach dem Umzug entwickelte sich im Lokal bald ein reges Leben für jung und alt. In den Sälen begann am Nachmittag der Tanz. Von dem nachfolgenden Feste wird man noch lange reden. Die Festlichkeiten schloß man mit einem Festessen am Sonntag, das sehr gut für die Gäste die Tischgesellschaften.

Verleihen. Sozialistische Arbeiterjugend. Zu der am 20. September, abends 8 1/2 Uhr, stattfindenden Jugendfeier werden noch Quartiere benötigt. Wir bitten daher diejenigen Parteigenossen, Gewerkschafter und Reichsbannerkameraden, denen es möglich ist, einen Jugendlichen in Quartier zu nehmen, sich in die am Mittwoch umlaufende Liste einzutragen.

Stadtkreis Stendal.

Aus dem Stendaler Stadtparlament.

In der Stadtverordneten-Sitzung gab Vorsteher Dannemann einige Schreiben und Einladungen bekannt. Der Automobilklub Deutschlands ruft die Stadtverwaltung zur Unterstützung in der Durchführung der Automobildurchgangsstraßen, die den Westen mit dem Osten verbinden, auf. Beschreibungen der Straßenbeschulung am Arneburger Tor und des Lyzeums finden am 1. Oktober, nachmittags 6 Uhr, statt. Am Freitag findet in Minlaus Festsaal eine Versammlung statt, in der Bericht vom Städtetag gegeben wird.

An Stelle der ausgeschiedenen Genossen Waltherr und Klemp wurden die Genossen Nagel und Zander eingeführt und verpflichtet. Der Haushaltsplan der Fortverwaltung für 1927 sieht eine Einnahme von 17 000 Mark und eine Ausgabe von 14 500 Mark vor; es verbleibt also ein Ueberschuß von 2500 Mark. Eine Prüfung der städtischen Kassen hat keine Beanstandung ergeben.

Der Vorlage des Magistrats zur Schaffung eines Ortsstatuts für die finanzielle Beteiligung der Straßenanlieger bei Umpflasterung von Straßen wurde zugestimmt. Dem Landwirt Wood in der Tangermünder Straße sollen einige Quadratmeter Land aus Anlaß der Straßenzugveränderung verkauft werden. Für die Herstellung einer Inklusivzelle im Freibad wurden 450 Mark und für die Wasserversorgungs-Gesellschaft in Merseburg 50 Mark bewilligt. In die Gesundheitskommission wurden die Genossen Otto Schulze, Wilhelm Gädike und Henniges gewählt.

Bei der Neuwahl der Passentdeckungs-Kommission wurden zwei bürgerliche und zwei sozialdemokratische Stadtverordnete gewählt. Der Rechnung der gewerblichen Berufsschule wurde zugestimmt. Die Verwaltungsgebührenerordnung erfährt auch hier nach einer ministeriellen Anordnung eine Abänderung insofern, als für Wohnungsangelegenheiten endlich eine Gebühr nicht mehr erhoben wird. Die Vorlage über ein Gesetz des Theaterdirektors Erll auf weitere Gewährung des bisher geleisteten Zuschusses wurde vorläufig zurückgestellt.

Für den Neubau des Polizeigewahrsams und von Büroräumen für die Polizeibeamten wurden 76 000 Mark bewilligt. Der Betrag soll durch Anleihe beschafft werden. Der Bauplan soll sofort vorgelegt und mit dem Bau möglichst bald begonnen werden. Es ist das der Anfang zum

Bau des großen Verwaltungsgebäudes.

Nach einer Vorlage des Magistrats soll eine Anleihe von 1 Million Mark aufgenommen werden. Die Anleihe soll Verwendung finden für Wohnungsbau, Straßenumplasterung, Neubau des Lyzeums, Polizeigewahrsams usw. Seitens der Gewerbetreibenden war in der letzten Stadtverordneten-Sitzung und auch in einer Kundgebung großer Spektakel gemacht, besonders gegen den Neubau des Lyzeums und den Verkauf des alten. Die Aufregung hat sich unterdessen aber wieder gelegt. Stadtv. Wichmann und der Stadtv.-Vorsteher redeten noch etwas von dem angeblichen Ruin der Gewerbetreibenden durch die Gewerbesteuer; Genosse Trumpp erwiderte den Herrschaften in treffender Form, und dann wurde die Vorlage angenommen. Nur der Kommunist Rawert, der bereits vordem gegen den Neubau des Polizeigewahrsams gestimmt hatte, stimmte auch gegen die Millionenanleihe und damit auch gegen die Arbeitsbeschaffung für viele Handwerker und Arbeiter. Die kommunistischen Karolen haben den Mann ganz durcheinander gebracht.

Kreisarzt Dr. Puppel wünschte, daß auf dem Grundstück des Johanniter-Krankenhaus eine Folterkarade aufgestellt wird. Die Mittel in Höhe von 1000 Mark wurden bewilligt.

Im Stadteil Röye ist der Fußweg vom Herrenturm bis zur Kirche mit Bordsteinen versehen und Schläde angefahren worden. Dabei ist es bisher geblieben. Genosse Müller fragt nun den Magistrat, ob ihm bekannt ist, daß dieser Fußweg durch die Beschüttung mit Schlacken vollständig unpassierbar geworden ist und was der Magistrat zu tun gedenkt, um möglichst bald Abhilfe zu schaffen. Der Oberbürgermeister erklärte darauf, daß noch Freinschlag eingewalzt werden soll, der angefordert, aber noch nicht geliefert ist.

Eine weitere Anfrage des Genossen Müller, die vom Magistrat nicht beantwortet wurde, lautet: „Ist dem Magistrat bekannt, daß die Abstimmungslisten beim Volksentscheid eine ganze Anzahl Namen von Personen enthielten, die für die Abstimmung gar nicht mehr in Frage kamen, und was gedenkt der Magistrat zu tun, damit bei späteren Abstimmungen oder Wahlen die Stimm- bzw. Wählerlisten Mängel nicht mehr aufweisen?“ Es hat sich herausgestellt, daß entweder die Personen tot oder schon längst fortgezogen waren. Dieser Mangel muß beseitigt werden.

Stadtverordneten-Vorsteher Dannemann will Aufklärung haben über den Stand der

Beherrschung des Johanniter-Krankenhaus.

In einer Sitzung des Kommunal-Landtags ist beschlossen worden, das hiesige Krankenhaus dem Johanniter-Orden Berlin mit allen Verpflichtungen zu übereignen. Zu dieser das Stadtverordneten-Landtagum lebhaft interessierenden Angelegenheit wurde eine Entscheidung angenommen, die verlangt, daß das Krankenhaus der Stadt Stendal überzogen wird. Der Oberbürgermeister versuchte noch, die Stadtverordneten ängstlich zu machen, indem er wissen wollte, daß bei Uebertragung an die Stadt für jeden Kranken pro Tag 50 Pfennig mehr Kosten entstehen würden. Genosse Müller kritisierte, daß es der Oberbürgermeister an der nötigen Initiative habe fehlen lassen. Die Stadtverordneten-Versammlung zeigte lebhaftes Interesse für den Anlauf, der 120 000 Mark betragen sollte.

Zum Schluß der Sitzung wurde von unserer Fraktion durch den Genossen Treumann die reaktionäre Verwaltung der Thüringer Gasgesellschaft, Abteilung Stendal, einmal durch nachstehende Anfragen ins rechte Licht gerückt: 1. Ist dem Magistrat bekannt, daß seitens der Direktion der Thüringer Gasgesellschaft, Abteilung Stendal, die sogenannten „Baterländischen Werksvereine“ in den hiesigen Werken gefördert werden? 2. Zur Tagung der Baterländischen Werksvereine in Altdorf ist der im Gaswerk angelegte Pote Nagel als Delegierter geschickt. Sind die dadurch entstandenen Kosten von der Direktion gezahlt, oder wie sind die Kosten gedeckt? 3. Was gedenkt der Magistrat zu tun, um die Reaktionsfreiheit der in den Werken beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten zu schützen?

Im Gaswerk zu Stendal ist ein Stahlhelmer Betriebsrat vorangeschritten worden. Da kann man sich ja vorstellen, wie die gewerkschaftlichen Verhältnisse dort aussehen. Der Oberbürgermeister zeigte bei dieser Angelegenheit wieder die kalte Schulter; das hält er ja für das Requiem. Für die freigezwungene Betriebsratswahl ist diese Sache aber sehr wichtig. Deshalb wird die nächste Stadtverordneten-Sitzung sich noch näher damit beschäftigen.

Eine andre Anfrage wird ebenfalls die nächste Sitzung beschäftigen. Sie lautet: Ist der Magistrat bereit, Auskunft zu geben über den Stand des Gas-, Wasser- und Elektrizitätsnetzes und über die Preise im Vergleich mit denen in andern Städten?

Konferenz beim Polizeikommissar. Der Landrat des Kreises Stendal gibt bekannt: Nach einer Verordnung aus dem Jahre 1899 muß jeder, der Holz verführt, durch eine Bescheinigung der Polizeibehörde seines Wohnortes, des Eigentümers oder des Verwalters des Waldes, aus dem das Holz abgefahren wird, über den nach-

gehenden Erwerb des Holzes ausweisen können. Der Nachweis ist auf Verlangen der Polizei- und Landrägerbeamten vorzulegen.

Eingebrochen wurde im Lager des Konsumvereins in der Wismarstraße. In der Nacht vom Dienstag gelang es Dieben, 6000 Zigarren, 8000 Tafeln Schokolade, eine geringe Menge Brantwein, Seife und Lebensmittel zu stehlen. Vor wenigen Wochen wurde schon ein Einbruch ausgeführt. Die Diebe sollen vom Nordwall her durch einen Garten in den Keller des Lagers eingebrungen sein.

Erschossen aufgefunden wurde in seiner Wohnung, Molatstraße, am Dienstag morgen der Stadtobersekretär B. Eine schwere Herzerkrankheit soll das Motiv zu dieser Tat sein.

Einbruch im Landratsamt. Am Dienstag morgen zwischen 8 und 4 Uhr drangen Einbrecher in das Kreishaus in der Hospitalstraße ein, wo sie größere Barmittel in der Kreiskommunalkasse zu erbeuten hofften. Die Einbrecher stiegen über das Tor der Autocinfahrt; vom Garten aus gelangten sie mit einer 9 Meter langen Feuerleiter in das erste Stockwerk und durchsuchten dort Büroräume, fanden aber nur insgesamt etwa 100 Mark. In der Kreiskommunalkasse versuchten sie den Gelbschrank zu öffnen, was jedoch nicht gelang. Gewalt wandten sie nicht an. Es wird sich um dieselben Einbrecher handeln, die schon oft Einbrüche in Amtsgebäude unternommen haben. Die Fußspuren im Garten des Landratsamtes wurden von den Einbrechern verwischt. Die Nachforschungen nach den Einbrechern werden sich daher ziemlich schwierig gestalten.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Burg. Am Sonntag findet in Wiedersheim eine republikanische Kundgebung verbunden mit der Gründungsfeier statt. Kameraden, die es ermöglichen können, nehmen an der Feier teil. Abfahrt Sonntag mittags 1.07 Uhr vom Hauptbahnhof. Nachfahrern versammeln sich um 12 1/2 Uhr bei „Stadt Wiedersheim“ Abfahrt Punkt 12 1/2 Uhr.

Groß-Hersleben. Wegen der heute Mittwoch stattfindenden Parteiversammlung findet unsere Führerversammlung morgen Donnerstag statt. — Sonnabend den 25. September sehr wichtige Mitgliederversammlung mit Vortrag des Kameraden Dieffenbach über: „Republik Deutschland und die europäischen Staaten.“ Frauen sind dazu eingeladen.

Aus den Gerichtssälen.

Mit Schrubber, Beil und Beisenfil.

In einem Hause der Notterdorfer Straße wohnen zwei Familien, die sich gegenseitig nicht „grün sind“. Die eine Partei führt den Namen Holze, die andre heißt Könnede. Der Grund der gegenseitigen Feindschaft liegt — wie ein Zeuge berichtete — „hier“. Zwischen der Tochter der Frau Holze und dem Arbeiter Könnede soll früher einmal ein Verhältnis bestanden haben, das zunächst von der Frau Holze als äußerst begehrenswert betrachtet wurde. Es kam aber der Tag, wo das Verhältnis zerbrach. Wie viele Verhältnisse zerbrechen nicht zwischen jungen Leuten? Das sollte doch aber niemals dazu führen, in ein Stadium unbesöhnlicher Feindschaft gegen den ungetreuen „Zukunftigen“ einzutreten. In diesem Falle besteht die Feindschaft aber noch heute, obwohl die Tochter nun bereits in

(Fortsetzung des redaktionellen Teiles nächste Seite.)



Sei modern

und elegant. Wähle die Frisur, die alle Vorzüge zur Geltung bringt. Je persönlicher das Haar zugeschnitten ist auf die Trägerin, um so sorgfähriger muß es gepflegt sein.

ELIDA-Haarpflege macht das Haar wundervoll schmiegsam, seidenweich und glänzend, diskret duftend.

Zur nächsten Kopfwasche nur

ELIDA

HAARPFLERGE

